

Der Schweizer Ablasshandel

Die Schweiz bezahlt ärmere Länder, damit sie für uns Treibhausgase einsparen. Hilft das dem Klima oder bloss unserem Gewissen?

TEXT BARBARA ACHERMANN & SYLVIANE CHASSOT
ILLUSTRATIONEN HOLLY STAPLETON

Der weltweite Klimawandel beruht auf einem menschlichen Problem, wir stossen zu viele Emissionen aus. Der weltweite Klimahandel bietet eine auf den ersten Blick geniale Lösung: Ob wir nun in der Schweiz oder in Thailand CO₂ in die Luft lassen, ist gleich schlimm. Umgekehrt spielt es auch keine Rolle, wo wir das CO₂ einsparen. Das Klima kennt keine Landesgrenzen. Es gibt Unternehmen, die deshalb Emissionen, die etwa bei der Produktion von Handtaschen oder beim Fliegen entstehen, anderswo ausgleichen. Doch nicht nur Gucci oder Swiss können das tun. Sondern auch Länder.

Die Schweiz muss ihre Emissionen reduzieren. Dazu hat sie sich im Pariser Klimaabkommen verpflichtet. Sie verringert ihren CO₂-Ausstoss, indem sie etwa Solaranlagen baut oder die Landwirtschaft modernisiert. Aber eben nicht nur. Sie bezahlt auch ärmere Länder, damit diese für die Schweiz CO₂ einsparen. Solche sogenannten Auslandskompensationen sollen ab 2025 sogar über die Hälfte der Reduktionen ausmachen.

Die Schweiz ist, neben Japan, Singapur und Südkorea, eines der wenigen Länder auf der Welt, die solche Klimadeals im Ausland machen. Die EU hingegen akzeptiert diese Kompensationen nicht, mehr dazu später. Die Tatsache, dass die EU etwas nicht erlaubt, was in der Schweiz gang und gäbe ist, machte uns stutzig. Wir fragten uns: Ist die Schweiz Vorreiterin

einer genialen Idee? Oder ist das, was unser Land macht, im Gegenteil, völlig falsch? Auf der Suche nach einer Antwort haben wir mit verschiedenen Menschen geredet, die im Klimahandel arbeiten oder dazu forschen. Und wir haben drei Schweizer Klimaprojekte genauer angeschaut. Dabei sind wir auf Widersprüche gestossen, die wir bei einem so wichtigen Instrument der Schweizer Klimapolitik nicht erwartet hätten.

Aber erst einmal von Anfang an. Die vermeintlich geniale Idee, unsere Emissionen an einem anderen Ort auszugleichen, verdanken wir einem Amerikaner namens Roger Sant. Der Milliardär geniesst heute in einem Villenviertel von Sacramento seinen Lebensabend. Er kann sich ein grosses Haus mit Pool und Kunstwerke von Gauguin leisten, weil er in den Achtzigern das Energieunternehmen AES leitete. 1987, als er gerade dabei war, ein neues Kohlekraftwerk in Connecticut zu bauen, erklärte ihm jemand zum ersten Mal den Klimawandel, den man damals «Treibhausgasproblem» nannte. So erzählt es Sant in einem Interview mit der «Zeit».

Er verstand: Wenn sein Kraftwerk Kohle verbrennt, gelangt CO₂ in die Luft, und dies macht, dass die Erde wärmer wird. Roger Sant wollte nicht Teil des Problems sein, sondern Teil der Lösung. Aber was tun? Eine Mitarbeiterin hatte einen überraschenden Vorschlag, sie soll ihm gesagt haben: «Bäume speichern CO₂. Wir könnten einen Wald anbauen, um unsere Emis-

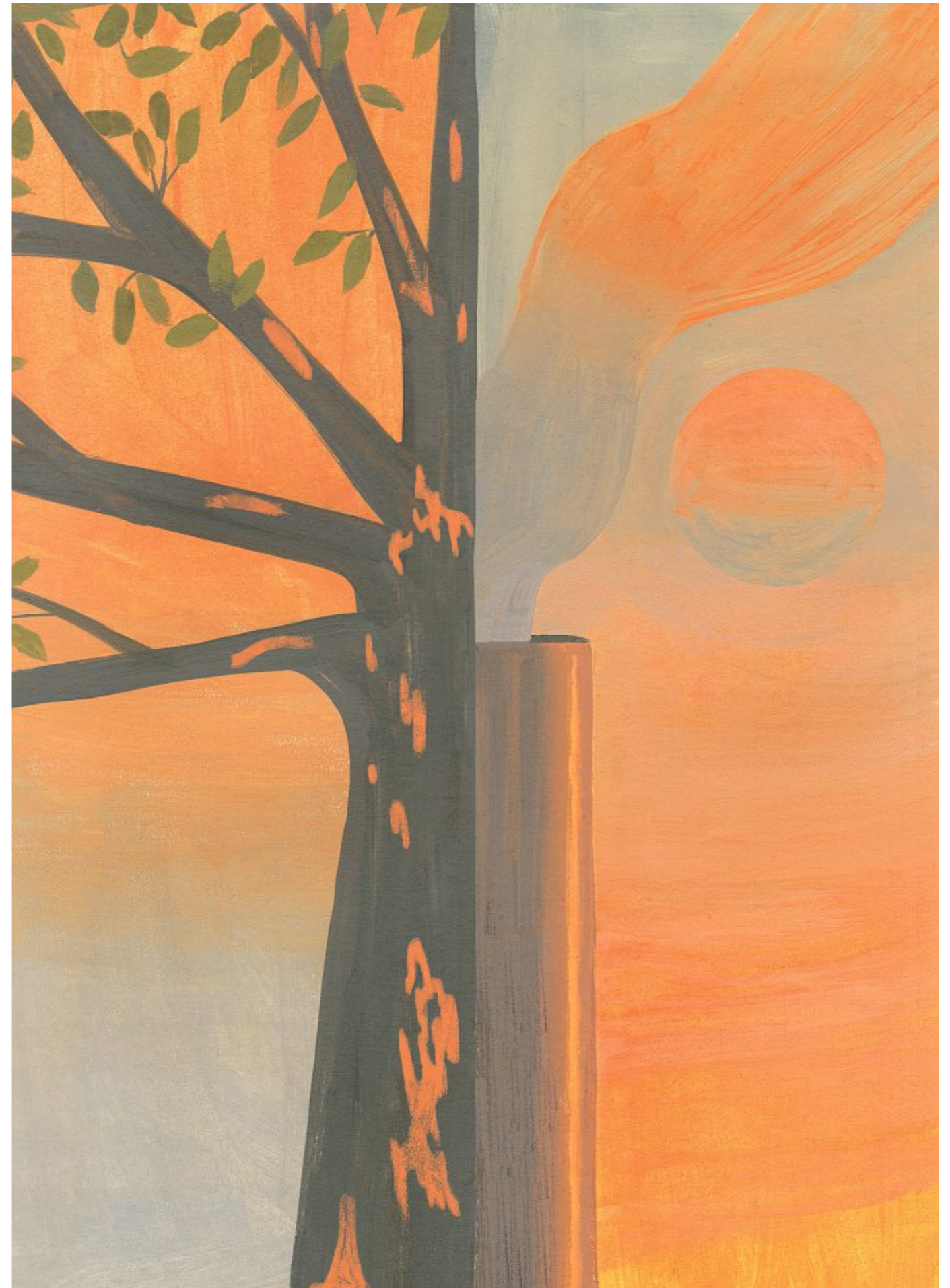
sionen auszugleichen.» Wenig später liess Sant in Guatemala 52 Millionen Bäume pflanzen. Er war überzeugt, sein Kohlekraftwerk sei somit unschädlich fürs Klima oder, wie man heute sagt, klimaneutral.

Einige Jahre nachdem die Bäume in Guatemala Wurzeln geschlagen hatten, wurde in Japan das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, das erste Klimaabkommen der Geschichte. Wie stark Roger Sants Pioniertat dieses Abkommen beeinflusst hat, lässt sich heute nicht mehr sagen. Tatsache ist hingegen, dass «Kyoto» es Ländern erlaubte, ihre Emissionen auch andernorts auszugleichen.

Nun kann man aber nicht nur Bäume pflanzen, um CO₂ einzusparen. Die Schweiz lässt beispielsweise in Thailand benzinbetriebene Busse durch Elektrobusse ersetzen. In Peru stattet sie arme Menschen mit neuen Kochöfen aus. Und im ostafrikanischen Malawi will sie die Landwirtschaft umweltfreundlicher machen. Das Projekt in Malawi haben wir uns zuerst angeschaut.

So ein Mist

Biogasanlagen sind, so könnte man meinen, eine gute Sache für mittellose Bauern. Meist bestehen sie aus einer Art Plastikbeutel von der Grösse eines kleinen Teichs. Diesen füllt man mit Mist, Essensresten oder menschlichen Ausscheidungen. Der Beutel funktioniert wie ein Magen, Abfälle verwandeln sich darin in Gas. Das Gas gelangt über ein Rohr in die Küche und speist



DAS MAGAZIN N°49 — 2023

DAS MAGAZIN N°49 — 2023

einen Kochherd. Es sind rudimentäre Anlagen, und dennoch können sie mehrere Probleme gleichzeitig lösen: Die Bauern müssen keine Bäume mehr für Feuerholz fällen, und von ihren Miststöcken entweicht kein klimaschädliches Methan mehr. Die Anlagen liefern also den Bauern nicht nur günstige Energie, sondern sind auch gut fürs Klima.

Hier setzt der Schweizer Klimadeal an. Da die Bauern in Malawi weniger Luft verschmutzen, dürfen wir mehr Luft verschmutzen. Aber geht das auf?

Marc Kalina klickt auf seinem Notebook durch mehrere Hundert Bilder. «Die Menschen in Malawi sind erfinderisch», sagt er. Auf den Fotos sieht man, was aus den grossen Kunststoffbeuteln wurde, in welchen eigentlich der Mist vergären sollte. Die Bauern haben sie zu einem Taubenschlag, zu einem Hausdach oder zu einer Tür umfunktioniert. Gas produzieren sie längst nicht mehr.

Marc Kalina ist leitender Wissenschaftler am Lehrstuhl für Global Health Engineering der ETH Zürich. Das erste Mal kam er in Südafrika in Kontakt mit Biogasanlagen. Dort war es sein Job, diese zu installieren und zu reparieren. Anfänglich war er sehr angetan, denn in der Theorie versprechen sie eine Revolution für ärmere Haushalte in Afrika. Doch alle Anlagen, die sein Team baute, hätten nach kurzer Zeit kein Kochgas mehr produziert. «Die Anlagen sind kompliziert und aufwendig zu betreiben. Hier in der Schweiz würde sie niemand haben wollen.»

Wenig später begann er, die Sache mit einem Team von Wissenschaftlern systematisch zu erforschen. Dafür reiste er nach Malawi. «Im Oktober 2022 haben wir alle Biogasanlagen gesehen, die es zu diesem Zeitpunkt im südlichen Malawi gab. Keine einzige funktionierte einwandfrei. Die meisten sahen so aus.» Er zeigt uns Fotos von Plastikfetzen auf staubiger Erde.

Was also dazu gedacht war, irgendwo auf der Welt klimaschädliche Emissionen zu reduzieren, kann an ganz praktischen Hindernissen scheitern. Trotzdem hat die Schweiz mit Malawi einen Vertrag abgeschlossen, um solche Projekte einzufädeln.

So sollen 10'000 Bauern eine Biogasanlage bekommen und damit in etwa so viel CO₂ einsparen, wie die Einwohner von Montreux in einem Jahr verursachen. Der ETH-Forscher Marc Kalina sagt: «Von diesen 10'000 Anlagen werden allerhöchstens 1000 laufen. Die restlichen 9000 werden als Müll verrotten.»

Was die Schweiz am besten kann: sparen

Der Kompensationshandel ist ziemlich kompliziert. Um ihn zu verstehen, müssen wir etwas ins Detail gehen: Der Projektbetreiber, der in Malawi die Biogasanlagen baut, erhält für jede Tonne CO₂, die eingespart wird, eine Bestätigung beziehungsweise ein Zertifikat. Jetzt kann er damit Handel treiben und seine Zertifikate an Unternehmen oder Länder verkaufen. Die Schweiz muss also nicht selbst Biogasanlagen bauen, sondern sie kauft die Zertifikate aus Malawi, um ihren eigenen CO₂-Ausstoss zu kompensieren. Der Staat Malawi wiederum muss damit einverstanden sein, dass diese Emissionseinsparungen nun der Schweiz gehören. Malawi selbst darf sie sich nicht mehr auf seine Klimaziele anrechnen.

Im Dezember 2015 unterschrieben 195 Länder das Pariser Klimaabkommen. Darin verpflichteten sich erstmals auch arme Länder zu Einsparungszielen. Und das Abkommen erlaubt es den Ländern, untereinander mit Emissionen respektive mit CO₂-Zertifikaten zu handeln. Das ist im Artikel 6 des Pariser Abkommens geregelt.

Die Schweiz hat sich sehr für diesen Artikel eingesetzt. Nicht zuletzt

deshalb, weil es rund sechsmal billiger ist, Emissionen in einem armen Land einzusparen als in einem Hochlohnland.

Bis 2030 soll die Schweiz nur noch halb so viele Treibhausgase ausstossen wie im Jahr 1990. Und weil es eben, überspitzt gesagt, viel teurer ist, bei uns fossile Heizungen zu ersetzen, als Plastiksäcke in Malawi zu finanzieren, will man drei Viertel der Reduktionen im Inland machen und ein Viertel im Ausland kaufen. Ende Dezember wird der Nationalrat darüber debattieren, ob man den Anteil der Auslandkompensationen sogar noch erhöhen will, auf ein Drittel.

Der Ständerat hat bereits zugestimmt. Aber wie sehen das Fachleute?

Pinguine in Zürich

In Zürich besuchen wir die Sozialwissenschaftlerin Anja Kollmuss. Sie hat 2015 an einer Studie des Stockholm Environment Institute mitgearbeitet, die für grosses Aufsehen sorgte, denn sie zeigte, wie anfällig der Klimahandel für Fehler und Missbräuche ist: Drei Viertel der CO₂-Zertifikate auf dem staatlichen Markt, der damals noch unter dem Kyoto-Protokoll lief, hatten weniger Emissionsreduktionen bewirkt, als sie auswiesen. Also entschied die EU, künftig keine Klimadeals mehr zu machen. Auch wollte man für die grüne Wende lieber in die eigene Wirtschaft investieren.

Seit wenigen Jahren arbeitet Kollmuss Teilzeit als Lehrerin, «aber irgendwie mache ich immer noch viel Klima», sagt sie. Als Fachperson ist sie sehr gefragt, als Beraterin, Moderatorin. In ihrer Wohnung steht ein grosses Terrarium, in dem fünf Geckos leben,

«Man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.» Keinen Satz haben wir während unserer Recherche öfter gehört.



Der Handel mit CO₂-Zertifikaten ist ein grosses Versprechen: Nicht nur soll er gut fürs Klima sein, sondern er soll auch noch Entwicklungshilfe leisten.

die sie aus einem Zoo übernommen hat. Daneben an der Wand hängen Fotos, die Kollmuss mit Freunden zeigen, beim Wandern und Essen. Viele von ihnen arbeiten im Bereich der Klimakompensationen, erzählt sie. «Mit einigen kann ich nicht mehr darüber sprechen. Sonst streiten wir.»

Wie der kalifornische Unternehmer Roger Sant war Anja Kollmuss einst fasziniert von der Idee, dass wir unsere Klimasünden andernorts wiedergutmachen können. Zum ersten Mal machte sie sich vor fünfundzwanzig Jahren darüber Gedanken, als sie an der Tufts University in Boston die Flugreisen der Fakultätsmitglieder ausgleichen wollte. Zunächst forschte sie zu dem Thema, dann arbeitete sie in Zürich bei South Pole, einem Unternehmen, das den Klimahandel zu seinem Geschäftsmodell machte.

South Pole ist ein gutes Beispiel dafür, mit wie vielen Schwierigkeiten die Umsetzung der noblen Idee einhergeht. Das Unternehmen, das 1200 Mitarbeitende beschäftigt, ist in der Krise. Es geht um einen Regenwald in Zimbabwe, den South Pole mutmasslich schützt. Doch Recherchen ver-

schiedener Medien legen nahe, dass die CO₂-Einsparungen aus diesem Wald massiv überbewertet und die lokale Bevölkerung übergangen worden seien.

Nun gibt es zwei unterschiedliche Kompensationsmärkte: den freiwilligen Markt und den staatlichen Markt. Das Waldprojekt von South Pole ist ein Projekt für den freiwilligen Markt, hier kompensieren Unternehmen wie Nestlé oder Gucci ihre Emissionen. Der freiwillige Markt ist nicht besonders streng reguliert. Der staatliche Markt, auf dem die Schweiz ihre Emissionen kompensiert, wird schärfer kontrolliert. South Pole ist auf beiden Märkten aktiv. Auf ein Projekt, das die Firma im Auftrag der Schweiz in Thailand betreibt, gehen wir später ein.

Der Firmenname South Pole erinnert an das schmelzende Eis in der Antarktis. Wer dort arbeitet, nennt sich Pinguin, und wer neu dazustösst, wird mit dem Spruch begrüsst: «Willkommen auf dem Eisberg.» Kollmuss blieb nicht lange bei South Pole. Ihr sei rasch klar geworden, dass das Geschäft mit dem Klimahandel vor allem dem Unternehmen und nicht primär

dem Klima diene. Im Frühjahr, kurz nach den ersten South-Pole-Enthüllungen, moderierte Anja Kollmuss ein Event mit einigen der wichtigsten Vertreter der Branche. Der Klimahandels-Experte Lambert Schneider vom deutschen Öko-Institut sagte an jenem Abend einen brisanten Satz: «There is no carbon credit that is one hundred percent certain.» Kein Klimazertifikat sei zu hundert Prozent sicher. Besonnenes Nicken in der Expertenrunde. Ausser uns schien niemand erstaunt.

Ist ein Holzkochofen hightech?

Wir halten nochmals fest: Die EU anerkennt keine Auslandkompensationen. In der Schweiz hingegen sind sie ein zentrales Element der Klimapolitik. Diese Tatsache ist genauso wenig bekannt wie die Stiftung Klimaschutz und CO₂-Kompensation – kurz KliK, die für diese Kompensationen zuständig ist. Auch wir sind erst durch unsere Recherchen auf sie gestossen.

Wir waren zunächst erstaunt, dass im Stiftungsrat dieser mächtigen Klimastiftung ausschliesslich Spitzenmanager von Mineralölunternehmen sitzen. Aber es gibt eine Erklärung dafür. Weil der Strassenverkehr besonders viel CO₂ verursacht, müssen die Treibstoffimporteure einen Teil der CO₂-Emissionen andernorts einsparen. Sie erheben auf jeden Liter Diesel oder Benzin eine Abgabe von ein paar Rappen, die in ihre Stiftung fliessen. Jedes Mal, wenn wir unser Auto auf-tanken, helfen wir also mit, KliK zu finanzieren. Früher hiess die Organisation Stiftung Klimarappen.

Man soll das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Keinen Satz haben wir während unserer Recherche öfter gehört. Es gebe zwar fragwürdige Projekte wie die erwähnten Biogasanlagen oder das Kariba-Waldprojekt von South Pole. Doch wir sollten, so riet man uns, unbedingt noch andere Projekte anschauen.

Das haben wir getan.

Als Nächstes befassten wir uns mit einer Schweizer Initiative in Peru. Sie heisst Tuki Wasi, sauberes Wohnen. Arme Menschen erhalten Öfen, damit sie nicht mehr über dem offenen Feuer kochen müssen, weniger Holz verbrennen und somit CO₂ einsparen. Im

Auftrag von KliK hat Tuki Wasi bereits mehrere Tausend Kochöfen in den Anden gebaut.

Zufällig erfahren wir, dass sich dieses Klimaprojekt auch Caritas genauer angeschaut hat. Die Organisation für Entwicklungshilfe interessiert sich dafür, wie die Klimaprojekte des Bundes funktionieren und wie gut sie sind. Ihre Studie ist noch nicht öffentlich, aber wir konnten sie einsehen. Die Befragung der Besitzerinnen der neuen Öfen – es sind überwiegend Frauen, die für ihre Familien kochen – ergab ein positives Bild. Mit den neuen Öfen sparen die Frauen Zeit und Geld, da sie tatsächlich deutlich weniger Holz brauchen. Auch zieht der Rauch jetzt durch den Kamin ab, während er vorher die Hütte zuqualmte. Die Öfen seien gut, sagt Thomas Niederberger, der Sozialanthropologe, der die Untersuchung koordiniert hat.

Also alles bestens? Nicht ganz. Eine Regel des Kompensationsmarkts ist die «freie vorherige informierte Zustimmung». Das bedeutet, dass die Menschen, die nun plötzlich Teil dieses weltumspannenden CO₂-Deals

sind, damit einverstanden sein müssen. Deshalb mussten alle Indigenen einen Vertrag unterschreiben, in dem sie das Recht auf die CO₂-Einsparungen ihrer Öfen abtreten.

Thomas Niederberger spielt uns die Gespräche ab, die sein Team mit den Peruanerinnen führte. Wir hören, wie im Hintergrund Ziegen blöken und Kinder spielen. Aber auch, dass keine der Frauen verstanden hat, worum es in diesem Vertrag ging. Sie kennen weder den Zusammenhang zwischen ihrem Holzverbrauch und dem Klimawandel, noch wissen sie, dass ihre Einsparungen in die Schweiz verkauft werden.

Neben der «informierten Zustimmung» gibt es eine weitere wichtige Regel im Kompensationsmarkt: die Zusätzlichkeit. Sie ist nur dann erfüllt, wenn ein Klimaprojekt ohne ausländisches Geld *nicht* umgesetzt worden wäre. Denn hätte Peru ohnehin vorgehabt, solche Öfen zu bauen, wäre das kein Mehrwert fürs Klima. Bei der Zusätzlichkeit geht es auch darum zu verhindern, dass reiche Länder den ärmeren Ländern die einfachsten und

günstigsten CO₂-Einsparungsprojekte wegschnappen. «Die tief hängenden Früchte pflücken», nennt es Niederberger.

Kochofenprojekte gibt es in Peru seit den Achtzigerjahren. Lange vor dem Schweizer Vorstoss sind mehrere Hunderttausend Öfen gebaut worden – von Entwicklungshilfeorganisationen, aber auch vom peruanischen Staat selbst. Es ist daher naheliegend, dass Caritas zum Schluss kommt: Das Kochofenprojekt erfüllt das Kriterium der Zusätzlichkeit nicht.

Hingegen erstaunt es uns, dass auch der Bund einen früheren Förderantrag für ein Kochofenprojekt abgelehnt hat. In der Begründung heisst es: «Es wurden bereits vierhundert Öfen erstellt, und die Technologie ist nicht neu.»

Der Absender des Mails ist Repic, eine Plattform mehrerer Bundesämter, an die auch das Bundesamt für Umwelt (Bafu) angeschlossen ist – jenes Bundesamt, das die Umsetzung von Tuki Wasi zur Kompensation von Schweizer Emissionen auf politischer Ebene vorantreibt. Wir wollten vom

Bafu wissen, warum sie damals so entschieden haben und heute anders. Aber die Behörde wollte sich nicht dazu äussern. Eine erstaunliche Weigerung, die nur einen Schluss zulässt: schwieriges Thema.

Subventionen für «Tesla von Thailand»

Der Handel mit CO₂-Zertifikaten birgt ein grosses Versprechen. Nicht nur soll er gut fürs Klima sein, sondern er soll auch Entwicklungshilfe leisten. Die Länder des Globalen Südens sollen dadurch zu neuen Technologien kommen. So verlangt es Artikel 6 des Pariser Abkommens. Nun sind Holzkochöfen oder rudimentäre Biogasanlagen nicht gerade Hightech. Wie sagte doch der ETH-Wissenschaftler Kalina? Bei uns würde das niemand haben wollen.

Anders verhält es sich mit Elektrobusen. In Bangkok finanziert die Schweiz ein Projekt, das Verbrenner durch batteriebetriebene Busse ersetzt. Das Projekt wurde vom Bafu und vom thailändischen Staat geprüft und bewilligt. Die modernen, dunkelblauen Busse könnten auch durch Zürich

oder Bern fahren. Doch selbst hier stellt sich uns die Frage: Ist das Projekt zusätzlich? Würden ohne die Schweiz keine E-Busse durch Bangkok fahren? Und lassen sich die Thailänder hier für etwas bezahlen, das sie sowieso gemacht hätten?

Wir treffen uns in einem Videocall mit Wanun Permpibul. Sie leitet die Organisation Climate Watch Thailand. Während unseres Anrufs sitzt sie vor einem mit Notizheften und Broschüren vollgestellten Regal. Permpibul kennt das Schweizer Projekt, sie hat es bereits im Auftrag von Alliance Sud, dem Verband Schweizer Hilfswerke, genauer angeschaut.

Trotzdem gehen wir nochmals gemeinsam die Unterlagen durch. Wir halten fest: Das Busprojekt in Bangkok wurde von der Klimastiftung KliK in Auftrag gegeben und von South Pole entwickelt (die Pinguine). In Thailand werden zwei Unternehmen durch die Schweizer Klimagelder finanziell unterstützt: der Busbetreiber Thai Smile Bus und der Hersteller Energy Absolute. Dann lesen wir Permpibul vor, was auf der Webseite von KliK

steht: «In Thailand werden derzeit keine Elektrobusse im Linienverkehr als öffentliches Verkehrsmittel eingesetzt.»

«Das stimmt nicht», sagt Permpibul sogleich. Schon im Juni 2022, als die Schweiz den Vertrag mit Thailand besiegelte, hatte Thai Smile Bus bereits seit einem Jahr auf acht verschiedenen Linien Elektrobusse in Betrieb. Permpibul schickt uns auch gleich drei Links von thailändischen Newsseiten, die darüber berichteten. Es lohne sich für Thai Smile Bus ohnehin, auf Elektrobusse umzusatteln, dafür brauche es keine Klimagelder. In anderen Worten: Die Schweiz betreibe hier Greenwashing.

Dass sich die Elektrifizierung rechnet, zeigt auch der Börsenkurs von Energy Absolute. Der Konzern für erneuerbare Energien, der auch «Tesla von Thailand» genannt wird, bekommt Schweizer Klimasubventionen für die Produktion der E-Busse und Ladestationen. Energy Absolute konnte seinen Gewinn unlängst stark steigern, eine thailändische Analystin empfiehlt den Kauf der Aktie. Der wichtigste



Prämien bis CHF 10'500.– Plus 0% Jubiläumsleasing

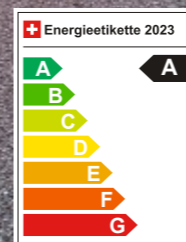
Jetzt auf viele vollelektrische ID. Modelle

75 JAHRE
VOLKSWAGEN IN DER SCHWEIZ

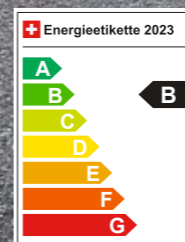


Nur bis Ende Dezember

Prämien von CHF 1000.– bis CHF 10'500.–



ID.5 GTX & ID.3



ID.4 GTX

Aktion gültig für Vertragsabschlüsse bei ID. Modellen vom 1.11. bis 31.12.2023. Gültig für die durch AMAG Import AG importierten Lagerfahrzeuge. Nur für Privatkunden. Ausgeschlossen: ID.7, ID. Buzz. Unverbindliche Preisempfehlung der Importeurin AMAG Import AG. Rechenbeispiel Prämie (abgebildete Modelle): ID.5 GTX, Kings Red Metallic, 299 PS, 18,7 kWh/100 km, 0 g CO₂/km, Kat. A: Regulärer Preis CHF 69'560.– (inkl. 21" Leichtmetallräder «Narvik»), Jubiläumsprämie CHF 1500.–, Lagerprämie CHF 6000.–, Select-Bonus CHF 3000.–, Aktionspreis CHF 59'060.–, ID.3 Pro S, Dark Olivine Green Metallic, 204 PS, 16,2 kWh/100 km, 0 g CO₂/km, Kat. A: Regulärer Preis CHF 47'840.– (inkl. 20" Leichtmetallräder «Sanya»), Jubiläumsprämie CHF 1000.–, Aktionspreis CHF 46'840.–, ID.4 GTX, Gletscherweiss Metallic, 299 PS, 19,6 kWh/100 km, 0 g CO₂/km, Kat. B: Regulärer Preis CHF 66'850.– (inkl. 21" Leichtmetallräder «Narvik»). Angebot gilt beim Abschluss eines LeasingPLUS Go in Kombination mit LeasingPLUS Care Motorfahrzeugversicherung und LeasingPLUS Care Ratenversicherung. Rechenbeispiel mit Kaufpreis: CHF 59'060.–, Effektiver Jahreszins: 0%, Laufzeit: 48 Monate (10'000 km/Jahr), Sonderzahlung 20%: CHF 11'812.–, Leasingrate Fahrzeug: CHF 449.–/MT, Rate LeasingPLUS Go: CHF 539.–/MT, zusätzlich Rate LeasingPLUS Care Motorfahrzeugversicherung und Ratenversicherung. Risikoträgerin der LeasingPLUS Care Motorfahrzeugversicherung ist die Zürich Versicherungsgesellschaft AG und jene der Ratenversicherung die AXA Versicherungen AG. Finanzierung über AMAG Leasing AG. Die Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Änderungen vorbehalten. Solange Vorrat.

Treiber des Gewinnanstiegs waren aber nicht die wenigen Fahrzeuge, die der Konzern im Auftrag von KliK für den privaten Betreiber Thai Smile Bus herstellte, sondern die mehreren Hundert Busse für das staatliche Busnetz. Der thailändische Staat hat bereits vor sieben Jahren beschlossen, alle Verbrenner bis 2025 durch E-Busse zu ersetzen.

Permpibul findet, die Schweiz solle doch zuerst einmal im eigenen Land überall E-Fahrzeuge einführen. «Der Kompensationsmarkt ist nicht fair. Reiche Länder haben keinen Anreiz mehr, ihre Emissionen zu reduzieren. Sie können sich freikaufen und ihren Lifestyle beibehalten.»

Wanun Permpibul fragt, ob sie etwas ausholen dürfe. Sie erzählt, wie die Bauern in Thailand bereits heute unter dem Klimawandel leiden. Wegen Überschwemmungen und Dürren gebe es Ernteausfälle und Hunger. Reiche Industrieländer wie die Schweiz seien hauptverantwortlich für den Klimawandel und damit auch für das Leid in Thailand. «Die Verschmutzer müssen für die Klimaschäden zahlen»,

sagt sie. «Aber nicht in Form von Klimadeals, von denen sie vor allem selber profitieren.»

Mister Klimahandel

Ist der Handel mit CO₂-Zertifikaten bloss ein Kniff für reiche Länder, sich aus der Verantwortung zu stehlen? Höchste Zeit, sich mit einem der Verantwortlichen in der Schweiz zu unterhalten. Wir verabreden uns mit Marco Berg, dem Leiter der Stiftung KliK und somit zuständig für die Projekte in Malawi, Peru und Thailand. Berg ist theoretischer Physiker, schreibt aber auch Gedichte. Sein jüngster Lyrikband heisst «Akkurate Kristalle».

Marco Berg erzählt zunächst, wie er vor fünfundzwanzig Jahren an einer Tagung einen aufsehenerregenden Auftritt hatte. Er arbeitete damals bei der Erdölvereinigung und verkündete vor der versammelten Schweizer Energiebranche, die Erdölwirtschaft müsse sich im 21. Jahrhundert selbst überflüssig machen.

«Das kam nicht nur gut an», sagt Berg. «Trotzdem ist es mein Lebensprogramm, dieses Ziel umzusetzen.»

Wir wollen von ihm wissen, ob es demnach für die Schweiz möglich wäre, alle Einsparungen im Inland zu machen und auf die Kompensationen im Ausland zu verzichten. «Technisch wäre es machbar, aber politisch und wirtschaftlich vermutlich nicht durchsetzbar», sagt er.

Der Skandal um die falschen CO₂-Zertifikate von South Pole führte dazu, dass nun nicht nur Insiderinnen wie Anja Kollmuss, die Frau mit den Gekkos, den Klimahandel infrage stellen, sondern auch eine breitere Öffentlichkeit. Berg findet das nicht richtig. Es gebe einen grossen Unterschied zwischen der Stiftung KliK und dem Waldprojekt von South Pole. «Wir verkaufen keine heisse Luft», sagt er.

In der Branche sei längst bekannt, dass es bei Waldprojekten methodische Schwächen gebe. Deshalb habe man diese bei KliK von Beginn weg ausgeschlossen. Aber, wollen wir wissen, sind Biogas- und Kochofenprojekte letztlich nicht auch Waldprojekte? Schliesslich berechnet sich ein Teil der Kompensationen daraus, wie viel Bäume nicht mehr für Feuerholz gefällt

werden. «Das ist tatsächlich ein Problem», sagt Berg. «Die Berechnungen sind schwierig und umstritten.» Man sei aber gerade daran, sie zu überarbeiten und konservativer zu gestalten.

Die meisten unserer Fragen hatten wir Berg bereits gemailt, damit er sich vorbereiten konnte. Die nächste betrifft die Schweizer Biogasanlagen, von denen der ETH-Wissenschaftler sagt, sie würden in Malawi nicht funktionieren. Berg entgegnet, das KliK-Projekt unterliege strengeren Kontrollen und sei mit Entwicklungsprojekten nicht vergleichbar. Es gebe einen Servicevertrag mit den Bauern einschliesslich einer Telefonhotline, man lasse sie nicht allein, wenn es Probleme gebe. Auch würden nur dann CO₂-Zertifikate ausgeschüttet, wenn die Anlagen tatsächlich laufen.

Als wir auf Peru zu sprechen kommen und darauf, dass die Indigenen nicht wissen, dass sie Teil eines Schweizer Kompensationsprojekts sind, wird Berg lauter. Für diese Menschen seien doch vor allem die gesundheitlichen und sozialen Vorteile von Bedeutung. «Der Klimanutzen ist ge-

nau gleich, ob sie den Mechanismus dahinter begreifen oder nicht!»

Wir tragen ihm die Ergebnisse unserer Recherche vor, die zeigen, dass es die Kochöfen in Peru und die Elektrobusse in Thailand auch ohne Schweizer Klimagelder geben könnte. Er lässt sie nicht gelten und insistiert, dass beide Initiativen das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllen. Wir tauschen Argumente aus, bis wir allmählich verstehen, dass sich Berg weniger um die einzelnen Projekte sorgt als vielmehr um das grosse Ganze. Darum, dass seine Klimastiftung in der kurzen Zeit bis und mit 2030 überhaupt genügend Projekte im Ausland aufleisen kann. «CO₂-Zertifikate kann man nicht in der Migros posten wie Äpfel oder Bananen», sagt er. Die Zeit renne davon. «Das Ziel ist praktisch unerreichbar.»

Das Gespräch lässt uns etwas ratlos zurück. Warum setzt die Schweiz auf Klimakompensationen, obwohl sie höchst umstritten sind, anfällig für Fehler und man bereits jetzt weiss, dass man nicht genügend Projekte wird umsetzen können?

Auf der Heimfahrt durch den Nieselregen erinnern wir uns an die Krisentagung im Frühling und den Satz von Lambert Schneider: «Kein CO₂-Zertifikat ist zu hundert Prozent sicher.» Der Klimahandel ist immer eine Wette auf die Zukunft. Welche Massnahmen würden die ärmeren Länder von sich aus ergreifen, welche nicht? Wie viel CO₂ würde ohne Schweizer Klimagelder ausgestossen, wie viel mit? Bleiben in Peru und Malawi tatsächlich mehr Bäume stehen, weil die Menschen weniger Feuerholz brauchen? Möglich ist auch, dass die stehen gelassenen Bäume von illegalen Holzfällern geschlagen werden oder einem Waldbrand zum Opfer fallen.

Die Zukunft ist manchmal unberechenbar – und doch macht die Schweiz mit ihr ihre Klimarechnung. **DM**

BARBARA ACHERMANN ist stv. Chefredaktorin bei «Das Magazin». barbara.achermann@dasmagazin.ch

SYLVIANE CHASSOT ist Co-Leiterin des Ressorts Unternehmen bei «Finanz und Wirtschaft». sylviane.chassot@fuw.ch

Gehören Sie auch zu jenen, die schwören:

«KI wird die Wahrheit zerstören»?

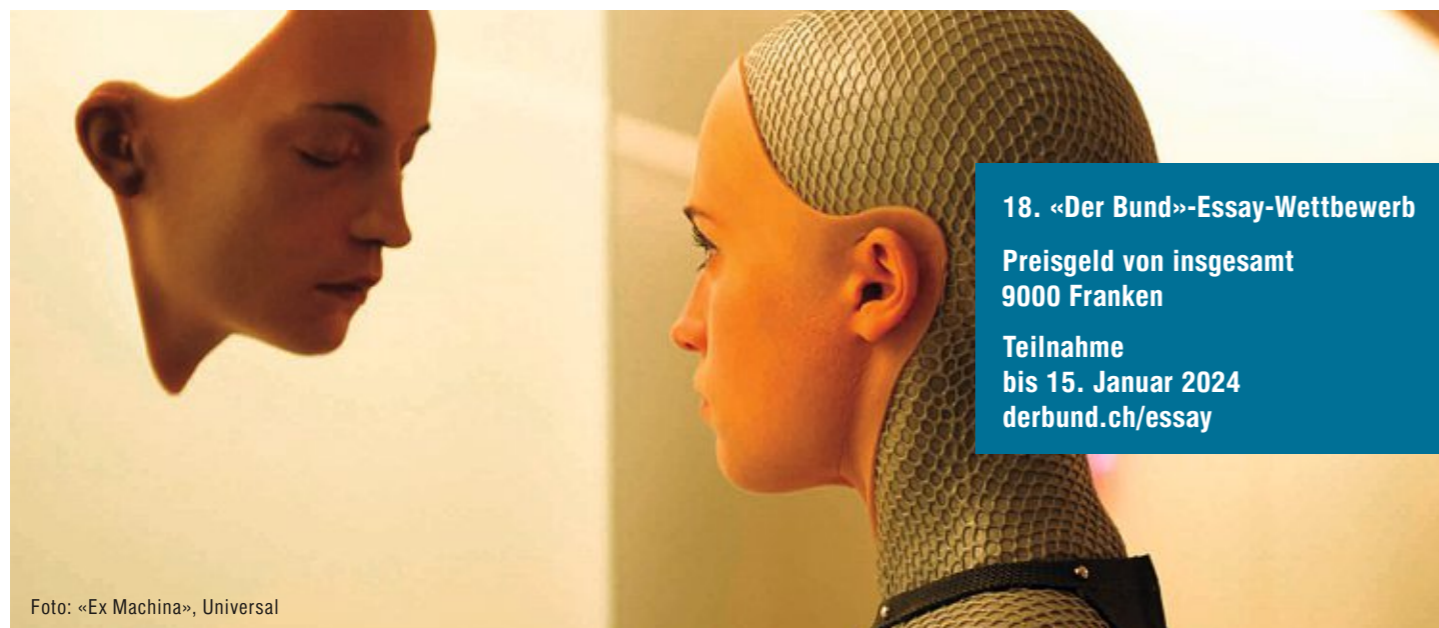


Foto: «Ex Machina», Universal

18. «Der Bund»-Essay-Wettbewerb
Preisgeld von insgesamt
9000 Franken
Teilnahme
bis 15. Januar 2024
derbund.ch/essay

Liebes Arschloch
Von Virginie Despentes
Inszenierung: Yana Ross
Jetzt im Pfauen
Schauspielhaus Zürich

«Klasse Schauspiel-Duo!»
Tages-Anzeiger

Stadt Zürich Kultur, MIGROS Kulturprozent, Zürcher Kantonalbank